

2 Jahre sind genug – gegen reaktionäre Hochschulpolitik, für Bildung für alle!

Vor ziemlich genau zwei Jahren traf uns das Ergebnis der Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 mit voller Wucht: Nach rund 10 Jahren gibt es wieder eine Mehrheit für Schwarz-Blau in Österreich. Eine Mehrheit für eine Politik, die dafür verantwortlich ist, dass Anfang der 2000er-Jahre international Sanktionen gegen Österreich ausgesprochen wurden; die uns mit bis dato nicht vorhersehbarer Intensität Korruptionsskandale beschert hat; die nicht zuletzt für eine massive Verstärkung der Selektion und Elitenbildung im Bildungs- und Hochschulsystem verantwortlich ist.

In der Zeit der Koalitionsverhandlungen war bald klar, dass diese Konstellation sich auch diesmal nicht viel um Interessensvertretungen oder gleichberechtigten Zugang zu Bildung schert: Der Abbau von Rechten der in Österreich stark verankerten Interessensvertretungen und Studiengebühren lagen nicht nur am Tisch, sondern schafften es schlussendlich auch in das Regierungsprogramm.

Der vorliegende Antrag bietet nicht genug Raum, um auf jeden Fehltritt und jede Rücksichtslosigkeit einzugehen, die die vergangenen zwei Jahre Schwarz-Blau geprägt haben. In aller Kürze sollen allerdings jene Punkte aufgezählt werden, die die Situation von Studierenden bzw. der ÖH als ihrer Interessensvertretung unmittelbar bedroht oder verschlechtert hat:

- Nicht-Reparatur des §92 UG und damit Einführung von Studiengebühren für erwerbstätige Studierende
- Das neue Studierendenheimgesetz, das wiederum nicht die Möglichkeit absichert, leistbaren Wohnraum für Studierende zur Verfügung zu stellen
- Einführung von Familienbonus und Umstellung auf Sozialhilfe NEU – Maßnahmen, die das Familien- und Menschenbild von Schwarz-Blau widerspiegeln, nämlich die Bekämpfung von armen Menschen statt von Armut
- Die Genehmigung einer „Aufenthaltsbewilligung Studierende_r“ wird immer schwieriger, Behördengänge für ausländische Studierende zum Spießrutenlauf.
- Zunehmende Einführung von Zugangsbeschränkungen an verschiedenen Universitäten
- Verschiebung des ÖH-Wahltermins gegen den Willen der Österreichischen Hochschul_innenschaft

Selbst bei oberflächlicher Betrachtung wird klar: So kann es nicht weitergehen! Wir müssen Schluss machen mit dieser reaktionären Bildungspolitik, die einzig und allein darauf abzielt, dass nur jene studieren können, die es sich leisten können und die österreichischen Hochschulen (und vor allem die Universitäten) wieder zu einer Brutstätte für die ökonomische



Elite werden. Denn auch, wenn z.B. die im Regierungsprogramm angedrohten Studiengebühren bis dato noch nicht umgesetzt wurden, gab es andere Maßnahmen, die dafür sorgen, Studieninteressierte von den Hochschulen fernzuhalten, ohne auf unpopuläre Gebühren zurückgreifen zu müssen.

Angesprochen auf die zunehmenden Verschlechterungen im Hochschulsystem (Zugangsbeschränkungen, Leistungsdruck, zunehmende Ökonomisierung des gesamten Bildungssystems, um nur ein paar zu nennen), reagiert die österreichische Hochschulpolitik meist mit einer „There is no alternative“-Haltung und verschleiern damit sogar noch die Ideologie, die hinter diesen Maßnahmen steckt.

Doch auch zehn Jahre nach Unibrennt wissen wir, dass wir Studierende ein Recht auf Mitbestimmung und Mitsprache haben. Dass wir die größte Gruppe an den Hochschulen sind – und zwar nicht als Kund_innen oder Konsument_innen, sondern als Teil der Hochschulen. Wir fordern unseren Platz an den Hochschulen auf allen Ebenen ein. Wir fordern die Umsetzung des freien und offenen Hochschulzugangs und eine echte soziale Absicherung für alle.

Die Bundesvertretung der Österreichischen Hochschüler_innenschaft möge daher beschließen:

- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich dafür ein, dass folgende – unter Schwarz-Blau beschlossene – Verschlechterungen für Studierende zurückgenommen werden:
 - Auslaufen des § 92 UG
 - Einführung von Zugangsbeschränkungen
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich weiterhin vehement für den freien und offenen Hochschulzugang ein und steht dafür ein, dass Hochschulen als Ort der gemeinsamen Erkenntnissuche genutzt werden und nicht als bloße Ausbildungs- und Kompetenzvermittlungsstätten.
- Die Österreichische Hochschüler_innenschaft setzt sich weiterhin vehement für eine echte soziale Absicherung für alle Studierenden ein. Dafür braucht es eine Erhöhung und Ausweitung der Studienbeihilfe, leistbaren Wohnraum und kostenlose Mobilität für Studierende.

